

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt

19-11229
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Dringlichkeitsantrag: Auswirkungen der Gesetzesänderung zur Akademisierung der Hebammenversorgung

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

21.06.2019

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

25.06.2019

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt fest, dass die Versorgung Braunschweigs mit Hebammen schon jetzt unbefriedigend ist und sich mit der Schließung der Hebammenschule noch verschlechtern wird. Der Oberbürgermeister wird daher gebeten, auf diesen Missstand in einem Schreiben an das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur hinzuweisen.

Zudem wird die Stadtverwaltung gebeten, mit den Hochschulen der Region Kontakt aufzunehmen und sie zu bitten, sich darum zu bewerben, Hochschulstandort für die Hebammenausbildung zu werden.

Sachverhalt:

Bundesgesundheitsminister Spahn hat einen Gesetzentwurf zur Akademisierung der Hebammenausbildung vorgelegt. Aufgrund der EU-Vorgaben muss nun auch das Land Niedersachsen in den nächsten zwei Jahren Studienplätze für Hebammen anbieten. In der Folge werden die bisher für die Ausbildung zuständigen Hebammenschulen schließen. Davon wird auch die Schule in Braunschweig betroffen sein. Um den Vorgaben der EU zur Einrichtung der Studienplätze gerecht werden zu können, muss in den nächsten Wochen entschieden werden, wo die Studienplätze eingerichtet werden sollen. Wie erst jetzt bekannt wurde, liegt von den Hochschulen der Region keine Bewerbung auf die Einrichtung von Hebammenstudienplätzen vor.

Gez. Annette Schütze

Anlagen: keine